1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 101 ERSCHEINT 14-TÄGIG 11. Februar 1985

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

29.01.85 Serafettin Özcan, Mazhar Naci Yilmaz, Hidir Toptas in Elazig
Diese Todesurteile stammen aus einem Prozeß gegen Dev-Yol Angehörige mit 43 Angeklagten.

04.02.85 Tercüman

An diesem Tage beginnt eine Serie über Ibrahim Ciftci, der wegen Mordes an dem Staatsanwalt Dogan Öz 4 mal zum Tode verurteilt wurde und in der 4. Revisionsverhandlung freigesprochen wurde. Inzwischen ist dieser Freispruch rechtskräftig. Ciftci ist im Zusammenhang mit Anschlägen auf bekannte Personen aus dem linken Umfeld noch in weiteren Prozessen angeklagt. Außerdem wurde hinter dem Freispruch von Ibrahim Ciftci vermutet, daß er mit seinem Wissen über die Machenschaften in oberen politischen Kreisen der MHP die Autoritäten der Türkei erpreßt hat.
Es ist deshalb umso aufschlußreicher, daß gerade die konservative Zeitung Tercüman sich seines Schicksales annimmt und in seinem Fall auch so etwas wie eine Kampagne gegen die Hinrichtungen startet. Das Ganze ist bei Tercüman zwar als so etwas wie ein Justizirrtum aufgebaut und beschäftigt sich im wesentlichen mit dem menschlichen Hintergrund (Familie, weinende Mutter etc.) geht aber in Teilaspekten mit dem Begriff 'Schicksalsopfer' durchaus in Richtung auf eine Amnestiekampagne für Täter aus dem rechten Lager, tid.

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes Ende 1978 wurden in der Türkei 492 Todesstrafen verhängt.

BESTÄTIGUNGEN

Cumhuriyet vom 27.01.1984

Im Parlament warten 62 Hinrichtungsakten

Vor dem Rechtsausschuß der Großen Nationalversammlung der Türkei warten 62 Akte auf Hinrichtung auf die Bearbeitung. Weitere 40 Akte auf Hinrichtung wurden unterdessen bei dem Ministerpräsidium eingereicht. Von den 62 Hinrichtungsakten vor dem Rechtsausschuß sind 10 von Tätern krimineller Ausrichtung, während 52 Täter aus anarchistischen und terroristischen Kreisen kommen. Von den 40 Akten beim Ministerpräsidium soll ein Teil neu eingetroffen sein, ein anderer Teil wurde im Laufe des Verfahrens aus der Beratung wieder zurückgezogen.

Cumhuriyet vom 31.01.1985

Zwei Hinrichtungsakte sind vor das Parlament gekommen

Durch das Ministerpräsidium wurde in zwei Fällen ein Gesetzesentwurf für die Hinrichtung von Osman Karagöz und Gülcemal Arslan dem Präsidium des Parlamentes zur Beratung übergeben. Derzeit werden 57 Akte auf Hinrichtung durch den Ausschuß untersucht. Einige andere wurden auf Antrag der Anwälte aus der Beratung zurückgezogen.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

25.01.85 4 Linke in Ankara

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6191 Fällen die Todesstrafe beantragt.

d) PROZESSE

WDR IV vom 23.01.1985

Folterprozeß

In Mugla sind ein Gendarmerieoffizier 1 -unteroffizier und drei -soldaten wegen Folter an Gefangenen angeklagt. Dafür sollen sie Strafen zwischen 5 und 15 Jahren bekommen. Ihnen wird vorgeworfen, den Gefangenen Stromstöße versetzt zu haben, sie an der Decke aufgehängt zu haben und ihm Beisein von zwei Kindern eine Frau vergewaltigt zu haben.

WDR IV vom 23.01.1985

Protest gegen Haftbedingungen

Aus Protest gegen die Haftbedingungen befinden sich im Gefängnis von Mersin 400 Gefangene seit 12 Tagen im Hungerstreik.

Cumhuriyet vom 25.01.1985

29 mal Todesstrafe im Yeni Celtek Prozeß gefordert

Im Verfahren gegen 901 Angeklagte von Yeni Celtek-Dev Yol in Amasya hat der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer gehalten, das auf 790 Seiten zusammengefaßt ist. Unter den 29 Angeklagten, gegen die die Todesstrafe gefordert wird, ist auch Cetin Uygur, der im DISK-Verfahren unter ähnlichen Vorwürfen angeklagt ist. Das Verlesen des Plädoyers dauerte 6 Tage. Von den Angeklagten sind noch 74 in Haft. 421 der Angeklagten sind Mitglieder der DISK-Gewerkschaft Yeralti Maden-Is.

Cumhuriyet vom 25.01.1985

7 Haftentlassungen im THKP/C Verfahren

Im Verfahren gegen 89 Angeklagte der Organisation THKP/C Üçüncü Yol vor dem Militärgericht in Istanbul wurden weitere 7 Personen aus der Haft entlassen. Damit befindet sich in diesem Verfahren niemand mehr in Untersuchungshaft. Unter den Angeklagten befinden sich 51 Offiziere, 8 Unteroffiziere und 1 Soldat.

Cumhuriyet vom 25.01.1985

Gewerkschafter muß ins Gefängnis

Wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz Nr. 1402 (Kriegsrecht) muß der Vorsitzende der Zweigstelle Istanbul von der Gewerkschaft Hizmet Is, die dem Verband Hak-Is angeschlossen ist, ins Gefängnis. Er war vom Militärgericht in Istanbul zu einer Haftstrafe von 3 Monaten verurteilt worden und wird nun seine Strafe im Gefängnis Bayrampasa verbüßen müssen.

Cumhuriyet vom 25.01.1985

Ahmet Yildiz unter Anklage

Das Verfahren gegen den Vorsitzenden der Volkshäuser, Ahmet Yildiz, und zwei Freunde ging vor dem Militärgericht in Istanbul weiter. Ahmet Yildiz ist neben den zwei anderen Vorstandsmitgliedern zusätzlich angeklagt, weil er während des Verfahrens den Staatsanwalt beleidigt haben soll. Da ihm aber bisher keine Anklageschrift überreicht worden war, wurde in der gestrigen Verhandlung auf eine Vernehmung verzichtet.

Cumhuriyet vom 27.01.1985

Kassationsgerichtshof: Auch wer Folterungen beiwohnt, ist schuldig

Die 8. Kammer des Kassationsgerichthofes hat nun in einem Revisionverfahren entschieden, daß auch Personen, die nicht unittelbar an Folterungen beteiligt sind, diese aber dulden, ebenso zu bestrafen sind, wie die eigentlichen Folterer. Das Verfahren bezog sich auf einen Vorgang in Aksehir. Die Anwälte von verschiedenen Angeklagten hatten die Ansicht geäußert, daß ihre Mandanten milder bestraft werden sollten, weil sie den Folterungen nur beigewohnt hatten.

Cumhuriyet vom 29.01.1985

Das Dev-Yol Verfahren von Elazig

Im Verfahren gegen 41 Angeklagte von Dev-Yol aus Elazig erging nun das Urteil. Wegen Mitgliedschaft in Dev-Yol und Aktivitäten für die Organisation wurden drei Angeklagte zum Tode verurteilt. 5 Angeklagte erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe und 23 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 2 und 12 Jahren verurteilt. 8 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 31.01.1985

Das Südost-Verfahren

Im Verfahren mit 84 Angeklagten wegen der Vorfälle im Südosten wurde mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Die Angeklagten lehnten die Vorwürfe ab. Der Angeklagte Sevket Sönmez sagte, daß er am Vorabend der Vorfälle in einer Teestube gesessen habe und dort Waffengeräusche gehört habe. Dann seien zwei bewaffnete Personen reingekommen und hätten gerufen, es lebe PKK. Er habe erst aus dem Fernsehen erfahren, was PKK sei.
Die Anträge auf Haftentlassung wurden durch das Gericht abgelehnt.

Cumhuriyet vom 01.02.1985

Das Südost-Verfahren

Das Verfahren wegen der Vorfälle im Südosten ging vor dem Militärgericht in Diyarbakir mit der Vernehmung der Angeklagten weiter. Einer der Angeklagten sagte, daß festgenommen sei, weil ihn Personen, mit denen er einen anderen Konflikt habe, angezeigt hätten. Er sei dem Staat sehr verbunden und könne das auch beschwören.

Cumhuriyet vom 01.02.1985

Das Verfahren der Vatan-Partisi

Im Verfahren gegen 23 Mitglieder der Vaterlandspartei (VP) vor dem Militärgericht in Istanbul wurden auch gestern die Angeklagten vernommen. Den Angeklagten wird vorgeworfen, die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen zu wollen und ihre Partei zu einer illegalen Organisation gemacht zu haben.

Cumhuriyet vom 01.02.1985

DISK wurde Mitglied im EGB

Der Europäische Gewerkschaftsbund, EGB, hat die Mitgliedschaft von DISK, die sich noch vor dem 12. September 1980 um die Mitgliedschaft beworben hatte, akzeptiert. Aus verschiedenen Gründen wurde die Mitgliedschaft von Türk-Is abgelehnt.

Cumhuriyet vom 05.02.1985

2 zum Tode Verurteilte erhielten eine erneute Strafe

2 als Angehörige der MLSPB zum Tode Verurteilte wurden nun wegen Beleidigung des Militärgerichtes und des Nationalen Sicherheitsrates zu einer zusätzlichen Haftstrafe von je 2 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Ein TKP-B Angehöriger wurde zu 6 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt

Vor dem Militärgericht in Izmir wurde Hüseyin Aykal wegen Mitgliedschaft in der illegalen TKP-B zu einer Haftstrafe von 6 Jahren und 8 Monaten verurteilt.

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Freispruch

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wurde Ilker Torol von dem Vorwurf, Mitglied der TKP zu sein, freigesprochen, weil es nicht genügend Beweismittel gab.

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Haftentlassung für Hüseyin Ünal

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wurde die Haftentlassung des Anwalts Hüseyin Ünal angeordnet. Er wird beschuldigt, ein Mitglied der verbotenen TKP zu sein.

Tercüman vom 02.02.1985

Das MHP-Verfahren

Im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigungen wurde die Verhandlung auf den 7. Februar vertagt. An diesem Tag wird zum 29. Mal über den Antrag auf Haftentlassung für den Ex MHP-Vorsitzenden Alpaslan Türkes entschieden.

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Ali Sirmen stellte Strafantrag gegen den Richter

Der im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die Friedensvereinigung zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte Journalist unserer Zeitung, Ali Sirmen, hat Strafantrag gegen den vorsitzenden Richter der Verhandlung gestellt, da dieser noch kein begründetes Urteil geschrieben hat.

e) VERHAFTUNGEN

In Istanbul wurden bei verschiedenen Operationen insgesamt 23 Militante einer linken Organisation verhaftet. Die Verhafteten hatten es sich zum Ziel gesetzt, die Lernfreiheit zu behindern (Tercüman vom 28.01.1985).

Bei 3 Operationen wurden 70 Militante gefaßt. Sie gehören alle linken Organisationen an. In Istanbul waren es 37 Personen, in Elazig 24 und in Ankara 9. (Cumhuriyet vom 01.02.1985).

14 Linke, die in Gaziantep einen Offizier umgebracht hatten, wurden in Antalya gefaßt (Tercüman vom 03.02.1985).

VERFAHREN GEGEN 46 ZOLLBEAMTE

Viel Aufsehen hat in der Öffentlichkeit das Verfahren gegen 46 Zollbeamte des Grenzüberganges von Bulgarien in die Türkei, Kapikule, erregt. Das Verfahren hatte deshalb an Bedeutung gewonnen, weil im Zusammenhang mit den Ermittlungen Auseinandersetzungen zwischen dem Finanz- und dem Innenministerium eingesetzt hatten. Dabei hatten unter anderem Foltervorwürfe eine Rolle gespielt. Der Minister Vural Arikan, der später durch Ministerpräsidenten Turgut Özal zum Rücktritt gezwungen wurde, hatte in der Parlamentsdebatte von 'dunklen Kräften' gesprochen, die nicht einmal er als Staatsautorität kontrollieren könne. Kriegsrechtskommandanten und andere Personen waren von ihm als Beispiel erwähnt worden. . . . .

Das Verfahren wird vor dem Militärgericht Nr. 4 in Ankara durchgeführt. 6 der 46 Angeklagten befinden sich in Haft. Für die Angeklagten haben sich 26 Anwälte als Verteidiger gemeldet. Unter den Angeklagten befindet sich auch ein stellvertretender Staatssekretär im Ministerium für Zoll. Den Angeklagten wird u.a. folgendes zur Last gelegt:

- Einstellung von Beamten gegen Bestechung
- Beihilfe zur Flucht von Mehmet Ali Agca und Üzeyir Bayrakli
- Güter für zollfrei erklären, obwohl sich in einem Bus 84 kg Gold befanden
- Beweismittel sind häufig die hohen Geldsummen, über die diese Personen verfügen.

Die ersten Berichte fanden sich in der Presse am 29.01.1985. Danach berichtete nur noch Cumhuriyet in ausführlicherer Form darüber. Der Grund dürften die Foltervorwürfe sein, die immer wieder bei den Vernehmungen der Angeklagten auf die Tagesordnung kamen.

Am 30.01.1985 berichtet Cumhuriyet vom 2. Verhandlungstage. Der Angeklagte Zihni Teker hatte dabei ausgesagt, daß man ihn zu einem Geständnis zwingen wollte. Da dies anfänglich nicht möglich war, habe man ihn 11 Stunden lang Folterungen unterzogen und dann habe er eine vorbereitete Aussage unterschreiben müssen. Turgut Özoktay sagte, daß er halb nackt mit verbundenen Augen 24 Stunden lang vernommen worden sei. Man habe ihn geschlagen, ihm an den Haaren und am Schnauzbart gezogen, sowie ihm Stromstöße versetzt. Drei Mal sei er ohnmächtig geworden. Schließlich sei er gezwungen gewesen, die vorbereitete Aussage zu unterschreiben.

Am nächsten Tag berichtet Cumhuriyet erneut von dem Verfahren. Die Angeklagte Sevcan Duruak sagte, daß man sie auf der Polizeiwache in Edirne an den Haaren in den Raum gezogen habe. Sie habe Stromstöße bekommen und sei ohnmächtig geworden. Im Krankenhaus sei sie dann zu sich gekommen. Später sei sie dann aufgefordert worden, sich auszuziehen. Viele Polizisten hätten auf ihr gesessen und hätten gesagt, entweder sie gestehe oder ihre Ehre ginge verloren. Aus Angst habe sie dann alles zugegeben. Bei den nächtlichen Folterungen sei auch der stellvertretende Gouverneur von Edirne, Ümit Karahan anwesend gewesen.

Auch in dem Bericht vom 05.02.1985 wird berichtet, daß praktisch alle vernommenen Angeklagten die Vorwürfe zurückgewiesen haben und daß ihre Geständnisse nicht rechtmäßig aufgenommen worden seien. Dies sagte sowohl Mevlut Kaplar, als auch andere Angeklagte. Der Angeklagte Mustafa Sahin sagte, daß man ihn mit verbundenen Augen zur Polizei gebracht habe. Als er gesagt habe, daß er nichts wisse, habe man ihn in den Folterraum gebracht. In der Vernehmung von Bülent Ertas wies dieser darauf hin, daß er nur als Marionette bezeichnet worden sei. Man wolle an die großen Hintermänner in den Ministerium gelangen. Dann habe man ihn in einen Raum gebracht und aufgefordert, sich hinzuknien und ihn bedroht, daß es jetzt keine Rettung mehr gebe. Die Angeklagte Numan Baha Eskingil sagte, daß sie gefoltert worden sei und daß die Folterer aus dem Mund nach Anisschnaps gerochen hätten.

Am gleichen Tage ist in Cumhuriyet eine Aussage, des neuen Innenminister Yildirim Akbulut zu lesen, der aussagte, daß er an die Schilderungen von Folter im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Zollbeamten nicht glaube.

Am 06.02.1985 wird über die Vernehmung von Ali Yavuz berichtet. Ihm wird die Unterschlagung von 85 kg Gold zur Last gelegt. Bei seiner Vernehmung sei plötzlich die Rede von 175 kg Gold gewesen. Als er das korrigieren wollte, habe man ihn gleich ausgezogen und Strom an seine Arme, Beine und sein Geschlechtsorgan gebunden. 5 -6 Personen hätten sich auf ihn draufgesetzt. Er sei mehrfach ohnmächtig geworden und habe schließlich alles akzeptiert, nachdem man ihm auch Strom ans Gehirn gegeben habe. Er sei aber auch noch später bei der Gendarmerie gefoltert worden.

Auch die übrigen Angeklagten lehnten ihre polizeilichen Aussagen ab.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 28.01.1985

Als Özal den Saal verlies kam es zu einem Vorfall durch 200 radikale Rechte

Auf dem Provinzkongreß der ANAP haben sich die zwei innerhalb der Partei bekannten Tendenzen ernsthaft bekämpft. Nach der Rede des Parteivorsitzenden Turgut Özal begannen ca. 200 jugendliche Anhänger der 'Türkistenfraktion' ständig zu stören, sie gingen auf die Vertreter der 'Glaubensfraktion' zu, unterbrachen deren Reden mit Schmähurufen und stellten schließlich eine 2. Liste für die Wahl des Provinzvorstandes auf. Schließlich aber gewann die Liste des Vorsitzenden Özal die Wahl für den Vorstand.

Nokta vom 28.01.1985

Die Experten trafen sich geheim

In Istanbul wurde ein dreitägiges Symposium zu Fragen des internationalen Terrorismus abgehalten. Es war aber den Reportern von Nokta leider nicht möglich, Näheres über dieses Symposium zu erfahren. Nicht einmal die Tagesordnung wurde der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Das Symposium wurde unter der Leitung des Justizministers Necat Eldem durchgeführt und es nahmen auch viele Experten aus dem Ausland daran teil. Auf eine Nachfrage im Außenministerium war zu erfahren, daß auch der häufig als CIA- Agent bezeichnete Paul Henze als Terrorexperte an der Versammlung teilnehme. Viele der übrigen namentlich benkannten Teilnehmer kamen ebenfalls aus den USA. So u.a. Dr. Konrad Kellen, Prof. Dr. M. Leeden, Dr. Heath Lowry, Prof Dr. Martin Abend.
Als Begründung für die hohe Geheimhaltung und die starken Sicherheitsvorkehrungen wurde von den Zuständigen betont, daß alle dieser Teilnehmer um ihr Leben fürchten müßten.

Cumhuriyet vom 31.01.1985

Sarac: Die Verhaftungen wurden zu einer Jagd auf die Linken

Der stellvertretende Vorsitzende der SODEP, Muzaffer Sarac, hat in einer Pressemitteilung gesagt, daß die Verhaftungswelle in der Türkei nicht abgenommen habe. In den letzten vier Jahren seien 200.000 Personen verhaftet worden. Wenn man die unter 18-jährigen abziehe, dann hieße dies, daß jede 120. Person in den letzten vier Jahren inhaftiert worden sei.

Cumhuriyet vom 01.02.1985

Hafterleichterungen für beschuldigende Terroristen

Der Justizminister Necat Eldem gab bekannt, daß die Arbeiten für eine Strafreduzierung von Terroristen, die Informationen über die Organisation und deren Angehörigen geben, weitergehen werden. Allerdings sei der Gesetzesentwurf noch nicht so weit gediehen, das er dem Kabinett vorgelegt werden könne.

Tercüman vom 03.02.1985

Das Gesetz für den Strafvollzug ändert sich

Der Justizminister Necat Eldem hat bekannt gegeben, daß das Gesetz für den Strafvollzug geändert werde. Danach gebe es keine Möglichkeit mehr, Strafen im Zusammenhang mit ideologischen Taten wieder aus dem Vorstrafenregister zu entfernen. Dies bedeute, daß solche Personen, dann auch nicht Abgeordnete werden können.

Cumhuriyet vom 05.02.1985

"Big Brother" in Keciören

Durch eine Anordnung hat der Bürgermeister von Keciören/Ankara bekannt gegeben, daß alle Bediensteten bei der Stadt in Zukunft maschinell erfaßt werden sollen. Hier sollen alle Informationen über das Personal gesammelt werden. Zu diesem Zweck wurde eigens ein Direktorat für die Koordinierung der Untersuchung und Planung gebildet.

Cumhuriyet vom 05.02.1985

Name für den Gesetzesentwurf zum Bereuen: Ermunterung zum Agententum

Der Jurist unter den Abgeordneten der HP, Cüneyt Canver, hat den Gesetzesentwurf des Justizministers Necat Eldem, unter dem Titel 'Gesetz für Bereuende' heftig kritisiert und gesagt, daß dieses Gesetz besser 'Gesetz für Agenten' heißen solle.
Falls dieses Gesetz einmal gültig werden sollte, so bräuchte sich der Justizminister nicht zu wundern, wenn er plötzlich aufgrund der Aussage eines Verhafteten plötzlich inhaftiert werde.

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Vorsitzender der Anwaltskammer: Das Thema Amnestie soll klar auf den Tisch

In einer gemeinsamen Pressekonferenz haben der Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, Teoman Evren und die Vorsitzende der türkischen Juristenunion, Bilgin Yazicioglu, gefordert, daß das Thema Amnestie endgültig abgeklärt werden müsse. Sofern die Politiker an eine Amnestie nicht denken würden, dann würde es höchste Zeit, dies der Öffentlichkeit zu erklären.

Nokta vom 03.02.1985

Özal und die MHP'ler

Die Haltung des Parteivorsitzenden Turgut Ozal gegenüber den MHP'ler in seiner Partei kommt auf den Parteiprovinzkongressen immer deutlicher zum Vorschein. Die Frage, die man sich gleich stellt, ist folgende: kann diese Tendenz in einer Bereinigung enden? Wir denken nicht. Denn auf der einen Seite würde Özal viel von seiner Stärke verlieren, wenn diese Fraktion die Partei verließe. Auf der anderen Seite ist diese Fraktion selber zu klug, um sich einfach kalt stellen zu lassen. Man kann das derzeitige Vorgehen eher interpretieren, als Reduzierung des MHP-Einflusses in der Partei.
Sicherlich möchte Özal nicht, daß von den MHP'lern ein innerer Putsch durchgeführt wird. Auf der anderen Seite hat diese Tendenz aber so viele Abgeordnetensitze gewonnen, daß bei einem Rückzug der MHP die Mehrheit der ANAP gefährdet wäre. Es wäre Özal zu empfehlen, einen noch liberaleren Kurs zu fahren, um weiterhin die Popularität zu genießen. Man braucht aber auch nicht damit zu rechnen, daß die Wölfe schlafen.

UNRECHTMÄßIGE AMTVERGABE

In einem Bericht von Erbil Tusalp in Cumhuriyet vom

23.01.1985 wird festgestellt, daß im Ministerium für Gesundheit und soziale Hilfe praktisch alle Direktoren ausgewechselt worden sind. Hierbei sind vielfältige Vorschriften für Beamte übergangen worden. Was aber noch schwerer wiegt ist, daß Personen eingestellt worden sind, die im Zusammenhang mit Straftaten 'Ideologischer' Art, als vorbestraft zu gelten haben.

Dies ist auf der einen Seite Kadir Temur, der im Zusammenhang mit der Ermordung an 7 Mitgliedern der Arbeiterpartei der Türkei angeklagt ist. Er wurde bei dem Gesundheitsamt in Ankara eingestellt. Die Anklage gegen ihn lautet, daß er im Zusammenhang mit diesem Massenmord am 09.10.1978 den Tätern Äther beschafft hat, um ihre Opfer einzuschläfern.

Des weiteren wurden 7 Personen, die in Erzurum wegen Geheimbündelei angeklagt waren und die nach dem § 141/3-6 zu Strafen von 10 Jahren und 8 Monaten verurteilt worden waren, nur eine Zeitlang vom Dienst suspendiert wurden und dann im August September letzten Jahres wieder eingestellt worden sind. Sie versehen ihren Dienst in Sivas.

Unter der Überschrift "Die Funktionäre von vor dem 12. September nehmen wieder ihre Arbeit" berichtet wiederum Erbil Tusakp von Praktiken innerhalb des Erziehungsministeriums. So sei z.B. M. Naci Orhan, der wegen Beleidigung von Atatürk nach dem 12.09.80 aus dem Dienst entlassen worden sei, nun wieder an einer Realschule in Kayseri als Direktor eingesetzt worden. Das Gleiche gelte auch für weitere Personen, die zunächst im Zusammenhang mit einer allgemeinen Überprüfung entlassen wurden, dann aber durch die Regierung Özal wieder ins Amt gehoben worden sind. Diese treffe z.B. auch auf den stellvertretenden Staatssekretär im Erziehungsministerium, Mustafa Yildirim, der wegen ungesetzlicher Praktiken entlassen wurde, nun aber wieder im Ministerium tätig ist.

NOTIZEN VON MUSTAFA EKMEKCI

In der letzten Ausgabe des tid hatten wir von dem unermüdlichen Einsatz des Kolumnenschreibers Mustafa Ekmekci berichtet. Er hatte wiederholt auf die Vorgänge in der Stadt Aybasti aufmerksam gemacht. Auch in den Folgetagen hat er seine Kolumne für unterdrückte Nachrichten zur Verfügung gestellt. Wir präsentieren hier einige Beispiele.

Unter der Überschrift "Kann man die Notizen von Ankara nicht zusammenfassen?" beweist M. Ekmekci, daß es nicht möglich ist, so viele Ereignisse als zusammengefaßt wiederzu geben. Da ist einmal die Geschichte einer Großmutter, die nach einer erfolglosen Hausdurchsuchung als Geisel für die Eltern ihrer Enkelkinder mit auf die Polizeiwache kommen soll. Sodann ist bei einem Buch ein Freispruch erfolgt. Das Buch kann inzwischen in Istanbul wieder gekauft werden, in Ankara ist es verboten. Der Theaterschauspieler Tuncer Necmioglu ist verhaftet worden. Mustafa Ekmekci weiß nicht, wo er sich nach seinem Verbleib erkundigen soll. Zu den Vorfällen in Aybasti: niemand hat bisher den Ministerpräsidenten auf den Vorgang angesprochen, obwohl wochenlang darüber berichtet wird. Nicht einmal die Abgeordneten aus dieser Provinz haben sich der Angelegenheit angenommen (Cumhuriyet vom 28.01.85).

Am 30.01.1985 berichtet Mustafa Ekmekci von aufschlußreichen Entwicklungen in Aybasti. Der Gouverneur hat die Mitglieder des Stadtrates zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen gerufen. Als einziger Tagesordnungspunkt war die Situation des Bürgermeister auf der Tagesordnung. Die ehemaligen Stadträte der SODEP haben als unabhängige Mitglieder teilgenommen. Bei der Abstimmung, ob etwas zu unternehmen sei oder nicht, haben sie sich der Stimme. Der verbliebene SODEP Stadtrat stimmte mit den ANAP Stadtabgeordneten dafür, daß nichts unternommen werden solle.

Unter dem Titel "In Liebe zu Abdi Ipekci" führt Mustafa Emekci am 02.02.1985 wiederum Beispiele für unverständliche Ereignisse im Lande auf. Er tut dies im Gedenken an den Jahrestag der Ermordung des Chefredakteurs der Milliyet. In seinen Zeilen ist nichts über Abdi Ipekci zu lesen, aber mit den Aussagen meint Mustafa Emekci, hätte er genau das getan, was ein Abdi Ipekci auch getan hätte. Da ist einmal erneut das Beispiel des Buches, das in Istanbul wieder vertrieben wird, dessen Verkauf in Ankara aber trotz eines gerichtlichen Beschlusses, den M. Ekmekci auch abdruckt, unterbunden wird. Dann ist da noch ein Zusammentreffen mit dem Staatsminister Mesut Yilmaz auf einem Cocktail. Er wollte einfach nicht wahrhaben, daß ein Schuldirektor seinen Amtes enthoben worden ist, weil an der Schule ein verbotenes Buch gefunden wurde. Anscheinend schien er nichts von verbotener Literatur und Strafversetzungen bei Lehrern zu wissen.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 12.01.1985

Die Inflation erhöhte sich auf 53%

Nach dem Index der Großhandelspreise, der vom staatlichen statistischen Institut bekanntgegeben wurde, betrug 1984 die Inflationsrate 50,3%. In den ersten zwölf Monaten der Regierungszeit von Özal erhöhte sich die Inflationsrate auf 53,5%.

Cumhuriyet vom 16.01.1985

MISK wird bis Juli keine Tarifverhandlungen führen können

Das Oberste Gericht hat den Antrag der MISK, ihre ehemaligen Mitglieder bekanntzugeben, abgelehnt. MISK hatte ihre Aktivität nach Inkrafttreten des Gewerkschaftsgesetzes Nr. 2821 des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit wieder aufgenommen. Nach Ablehnung des Antrags von MISK wird es nicht möglich sein, daß ihr angegliederte Einzelgewerkschaften noch vor Juli 1985 Tarifverhandlungen führen können.

Cumhuriyet vom 18.01.1985

In 27 Arbeitsbereichen haben 37 Gewerkschaften die Zulassungsgrenze überschritten

Die Arbeitsbereichstatistik des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit wurde gestern für das Jahr 1985 im Amtsblatt veröffentlicht. Nach der Statistik haben 37 Gewerkschaften in 27 Arbeitsbereichen die Grenze von 10% überschritten.
Die Statistik stellt fest, daß in der Türkei 1.594.577 Arbeiter von 2.590.978 Gewerkschaftsmitglieder sind.

Hürriyet vom 24.01.1985

Yilmaz: Die Mehrwertsteuer bereitet Sorgen

Der Vorsitzende der Türk-Is, Sevket Yilmaz, sagte bei

einem Seminar über "die Bedeutung der Mehrwertsteuer für den Konsumenten": *"Die Mehrwertsteuer bereitet nur Sorgen. Sie bringt keine Preissenkung, sondern nur Inflation."*
Yilmaz erklärte, daß die Mehrwertsteuer drei Wochen nach ihrer Einführung große Sorgen bereitet und sagte ferner:*"Die Mehrwertsteuer wird als Steuerreform vorgestellt und behauptet, daß sie zu Preissenkungen führen wird. Von keiner Steuer kann man aber erwarten, daß sie zu Preissenkungen führen wird. Wir hätten uns auch gewünscht, daß dies wahr wäre."*

Cumhuriyet vom 25.01.1985

Die Arbeiter werden nach ihrer Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft registriert

Entlassungen aus Gründen der Gewerkschafts- bzw. Parteimitgliedschaft greifen immer mehr um sich. Bei Einstellungen werden in öffentlichen Betrieben sehr intensiv und im Privatsektor vereinzelt Nachforschungen getroffen.
Während die Gesetze ehemalige Häftlinge wie Behinderte unter besonderen Schutz stellt und ihre Einstellung über besondere Kontingente fordert, werden nicht nur nicht ehemalige Häftlinge, sondern auch diejenigen nicht eingestellt, gegen die ein Verfahren eingeleitet oder der Prozeß eröffnet wurde. Eine weit verbreitete Maßnahme der Arbeitgeber ist dabei die, Arbeiter, die Mitglied einer unerwünschten Gewerkschaft sind, zu entlassen.

Cumhuriyet vom 05.02.1985

Die bankrotten Arbeitnehmergesellschaften werden an die Banken verkauft werden

Staatsminister und Regierungssprecher Mesut Yilmaz teilte mit, daß "Rehabilitationspläne" für 450 Arbeitnehmergesellschaften im Werte von 2 Billionen Lira ausgearbeitet worden sind. Die Vorschläge würden noch in dieser Woche dem Hohen Wirtschaftsrat vorgelegt werden. Yilmaz sagte:*"Unser Hauptziel ist, diese Firmen an die staatlichen und privaten Banken unter der Bedingung zu verkaufen, daß sie fünf Jahre lang in ihrem Besitz bleiben."*

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Die Schuldenabzahlungen des Staates erhöhen sich dieses Jahr auf 2,7 Billionen Lira

Das Jahr 1985 wird ein Jahr werden, in dem man sehen wird, daß der Verschuldete auf eigene Kosten gelebt hat. Die Staatsverschuldung wird 770 Milliarden Lira betragen, also ein Niveau erreichen, bei dem sie insgesamt der umlaufenden Geldmenge gleich wird. Die Abzahlung der Auslandsverschuldung wird 3,5 Milliarden Dollar, optimistisch geschätzt 2 Billionen Lira betragen. Damit wird sich die gesamte Schuldenabzahlung des Staates auf 2,7 Billionen Lira erhöhen.

Milliyet vom 06.02.1985

Die Bankrotterklärung von 66 Bankiers wird gefordert

Gegen 66 Leiter und Verantwortliche von Istanbul Bankasi, Hisarbank und Odibank wurden gestern in Istanbul drei Prozesse zur Bankrotterklärung eröffnet. Den Verantwortlichen wird vorgeworfen, den Staat durch illegale Geschäftsaktionen geschädigt zu haben.
Unter den Angeklagten befinden sich Ömer Cavusoglu, Ahmet Kozanoglu, Fadullah Cerrahoglu, Mete Hasoglu. Außerdem werden Maßnahmen getroffen, um den Besitz der betreffenden Personen zu beschlagnahmen.

Milliyet vom 08.02.1985

Die Preise sind wieder explodiert

Die Preiserhöhungen im Einzelhandel haben im Januar ein Drittel der für das Jahr 1985 vorgesehenen Inflationsrate in Höhe von 25% erreicht und damit bereits die Hälfte des Gehaltszuschlags in Höhe von 20% wegradiert. Die Preise stiegen unter der Mitwirkung der neu eingeführten Mehrwertsteuer und erreichten im Januar eine Rekordhöhe. Trotzdem Ministerpräsident Turgut Özal erklärt hatte, daß die Mehrwertsteuer die Preissteigerungen nicht beeinflussen würde, hat die Inflationsrate ihren höchsten Stand seit neun Monaten erreicht. Nach den Statistiken der Istanbuler Handelskammer betrug die Preissteigerungsrate im Einzelhandel 8,2%. Das entspricht im Jahresdurchschnitt einer Inflationsrate von 98.4%.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 21.01.1985

Unser Export nach Irak erreichte eine Rekordhöhe

Die Verteilung des Exports auf verschiedene Länder in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres wurde bekanntgegeben. Unser Export in die Bundesrepublik erreichte zum ersten Mal die Höhe von 1,17 Milliarden Dollar.
Unser Export in den Nahen Osten und in afrikanische Ländern steigerte sich wieder, nachdem er in den letzten Jahren gesunken war. Der größte Export wurde dabei nach Irak, Saudiarabien und Ägypten getätigt.

Cumhuriyet vom 30.01.1985

Der IWF hat Özal zwei Monate vorgeschossen

Im siebten Jahr der Beziehungen der Türkei zum IWF hat die Türkei die erste "Verwarnung" bekommen. Die IWF-Delegation, die sich seit zehn Tagen in Ankara zur Inspektion aufhält, beschloß nur einen Zwischenbericht über ihren Besuch abzufassen. Die Delegation zieht es vor, abzuwarten und nach zwei Monaten weiter zu sehen. Es wird erwartet, daß die Delegation Anfang März wieder die Türkei besucht.

Cumhuriyet vom 06.02.1985

Özal bezichtigte Frankreich des Kolonialismus

Ministerpräsident Özal, der sich zur Zeit in Algerien aufhält, kam gestern mit algerischem Staatspräsidenten Schadli zusammen. Özal sagte auf der Pressekonferenz nach seinem Besuch bei Schadli:*"1,5 Millionen Algerier, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, wurden umgebracht, und zwar von denen, die einen Vorfall vor 70 Jahren zum Vorwand nahmen. Und niemand wird dafür in Verantwortung gezogen."*

Cumhuriyet vom 16.01.1985

Evren hat Jivkov um Lösung gebeten

Wegen Intensivierung der Unterdrückung der Mitglieder unseres Volksstammes in Bulgarien hat Ankara auf höchster Ebene eingegriffen.
Staatspräsident Kenan Evren schickte eine Botschaft an den bulgarischen Staatspräsidenten Todor Jivkov und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß das Problem gemäß der guten Nachbarschaft und Freundschaft zwischen beiden Ländern gelöst wird.
Der bulgarische Staatspräsident Jivkov beantwortete die schriftliche Botschaft von Evren vorgestern mündlich über die bulgarische Botschaft in Ankara. Die mündliche Mitteilung von Jivkov lautet, daß er sich persönlich um das Problem kümmern werde und die Freundschaft zwischen den beiden Ländern ausreichen werde, das Problem zu lösen.

Cumhuriyet vom 23.01.1985

Die bulgarische Grenze wurde für türkische Touristen gesperrt

Bulgarien hat seine Grenzen für Touristen, die aus der Türkei kommen, provisorisch gesperrt. In dem Mitteilungsschreiben der offiziellen bulgarischen Tourismusagentur Balkan-Tourist , das gestern den türkischen Reisegesellschaften übermittelt wurde, wird die Entscheidung damit begründet, daß die türkische Presse Bulgarien feindliche Berichte verbreitet.
In dem Mitteilungsschreiben heißt es wortwörtlich: *"Da die türkischen Massenmedien in letzter Zeit Bulgarien feindliche Propaganda treiben, sperren wir unsere Wintersportgebiete für türkische Warenkäufe und kündigen unsere Dienste provisorisch für alle aus der Türkei kommenden Touristen."*

Milliyet vom 24.01.1985

Die Brücke, die vom Schach abgebaut wurde, ist wieder aufgebaut worden

Die Leitung des iranischen Erdöls und -gases durch die Türkei mit Hilfe von zwei Pipelines wurde nach einer 14jährigen Verspätung beschlossen. Die Pläne für die Erdölleitung waren 1971 fertiggestellt worden; sie kamen allerdings nicht zur Ausführung, weil die Regierungen von Schach Reza Pahlevi gegen die Türkei eine andere Wirtschaftspolitik verfolgten und die ersten Vorbereitungen stopten. Stattdessen wurde zwar das Projekt über die Erdgas-Pipeline in Angriff genommen, faktisch war sie aber von vorneherein auf die lange Bank geschoben worden.
Nach intensiver Arbeit wurde das Protokoll über den Pipeline-Bau am letzten Tag der Abreise der beiden Ministerpräsidenten nach Istanbul auf dem Flughafen von Ankara unterzeichnet.
Bei der Unterzeichnung sagte Özal:*"Ich bin glücklich, daß diese zwei Projekte, die seit Jahren nicht ausgeführt werden konnten, nun endlich so weit sind... Das iranische Erdöl wird zum Schwarzen oder zum Mittelmeer geleitet werden. Das Erdgas wird über die Türkei nach Europa gelangen."*

Milliyet vom 03.02.1985

Das Europa-Parlament hat wieder die Türkei aufs Korn genommen

Die politische Kommission des Europa-Parlaments bereitet wieder über die Situation in der Türkei einen Bericht vor. Wir konnten in Erfahrung bringen, daß gegen die Türkei gestellte Parlamentarier die Vorbereitungen initiiert haben und Informationen fordern, über die Situation der 1246 Intellektuellen, die ihre Unterschrift unter die Petition gesetzt haben. Ferner wollen sie über die Anwendung des Ausnahmezustandes informiert werden.

Milliyet vom 03.02.1985

Die Menschenrechtsdelegation hat mit politischen Strafgefangenen und Häftlingen gesprochen

Eine Delegation der europäischen Menschenrechtskommission hält sich zur Zeit als Gast der Regierung in der Türkei auf. Die Delegation untersucht die Gesetze, den Strafvollzug und die Menschenrechtssituation in unserem Land. Die aus Experten bestehende Delegation wurde gestern in Ankara von Justiz- und Verteidigungsministern empfangen. Die Delegationsmitglieder haben das Militärgefängnis von Mamak besucht und mit Strafgefangenen und Häftlingen gesprochen.
Wie wir in Erfahrung bringen konnten, hat die Delegation der Kommission in Diyarbakir die militärische Haftanstalt besucht und mit Gefangenen und Häftlingen ihrer Wahl durch die Vermittlung ihres eigenen Dolmetschers gesprochen.

Milliyet vom 08.02.1985

Wir haben den Protest aus Athen abgewiesen

Griechenland behauptet, daß vorgestern in der Nähe des Dorfes Ferre, das an der türkisch-griechischen Grenze liegt, eine vorsätzliche Grenzübertretung und Auseinandersetzungen zwischen den türkischen und griechischen Patrouillen stattgefunden haben. Der Protest Athen's hierzu wurde von türkischer Seite abgewiesen.
Das Informationsbüro des Außenministeriums teilte mit, daß die griechischen Patrouillen in Dereyatagi am Meric-Fluß gewisse Vorfälle ausgelöst haben, dabei geschossen wurde, aber es nicht zu Auseinandersetzungen kam. Es wurden keine türkischen Soldaten dabei verletzt.

BRD

Tercüman vom 23.01.1985

48 Asylanten haben einen Hungerstreik begonnen

Es wurde mitgeteilt, daß 48 Asylanten, die vor einem Monat bei verschiedenen Aktionen beteiligt waren und die Ordnung der Stadt Basel in der Schweiz gestört hatten, deswegen in dem Asylantenlager Birsfelden unter Polizeiaufsicht gestellt worden waren, mit einem Hungerstreik begonnen haben. Das oberste Gericht von Basel hatte bei den Asylanten darauf erkannt, daß sie die Ordnung der Stadt, in der sie um Asyl ersucht haben, gestört haben, Körperverletzungen begangen haben, Plakata geklebt haben. Außerdem sprach das Gericht bei den 48 kinken Türken davon, daß sie außerdem wegen Vergehen in der Türkei gesucht werden.

Tercüman vom 24.01.1985

In Basel haben radikale Linke einen Türken verletzt

In der Stadt Basel in der Schweiz haben radikale linke Türken einen Jugendlichen mit Namen Sefer Albayrak überfallen und ihn brutal zusammengeschlagen. Es wurde mitgeteilt, daß Sefer Albayrak, der auf seinem Nachhauseweg nachts gegen 23.oo Uhr angegriffen wurde, im Krankenhaus behandelt wird. In seiner Aussage hat der Verletzte der Polizei mitgeteilt, daß ihn die radikalen linken, separatistischen Türken seit einem Monat verfolgten. Sefer Albayrak verlangte Polizeischutz.

TÜRKEI-INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

WDR IV vom 01.02.1985

Rauschgift und Rechtsradikale

In einer Pressekonferenz hat der Staatsanwalt von Frankfurt, Dr. Herbert Köhler mitgeteilt, daß man die Verbindung zwischen dem Rauschgifthandel und rechtsradikalen Türken untersuche. Es sei eine gemeinsame Kommission zwischen der politischen Polizei und dem Rauschgiftderzernat gebildet worden. Es wurde ferner mitgeteilt, daß der in der Türkei als Mörder des Dozenten Bedrettin Cömert gesucht Rifat Yildirim und weitere 6 Türken in Untersuchungshaft genommen worden sind. Außerdem soll der im Zusammenhang mit dem Mord an Abdi Ipekci gesuchte Mehmet Sener in der Schweiz mit 1,5 kg Heroin verhaftet worden sein. Weiter heißt es, daß der ehemalige Vorsitzende der Idealistenvereinigung von Ankara, Abdullah Catli, gesucht wede. Der Staatsanwalt Dr. Köhler machte dem WDR gegenüber folgende Angaben: In den letzten Wochen hat die Zahl der Türken, die im Zusammenhang mit Rauschgifthandel festgenommen wurden, zugenommen. Es wurde auch festgestellt, daß einige von ihnen mit den als Graue Wölfe bekannten Rechtsradikalen Beziehungen pflegen. Es wurden auch Hinweise darauf gefunden, daß einige radikale Organisationen in den letzten Jahren sich durch Rauschgifthandel finanziert haben. Der als Mörder des Dozenten Bedrettin Cömert gesuchte Rifat Yildirim habe unterdessen ein ausführliches Geständnis abgelegt. Die daraufhin erfolgten Festnahmen seien fast ausschließlich aus dem Kreis der Rechtsradikalen erfolgt. Rifat Yildirim sei nicht an die Türkei ausgeliefert worden, da ihm die Todesstrafe drohe. Zum Zwecke der Untersuchung von den Beziehungen zwischen Rauschgifthandel und rechtsradikalen Organisationen, die sich darüber finanzieren, wurde zum ersten Mal eine Sonderkommission gebildet.

Tercüman vom 03.02.1985

Große Firmen richten ihre Augen auf die Türkei

Während seines Aufenthaltes im Wintersportort Davos ist Turgut Özal mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. Nach dem Gespräch teilte er mit, daß man sich neben einigen internationalen und wirtschaftlichen Problemen auch über Fragen unterhalten habe, die beide Länder etwas angehen. In diesem Rahmen hieß es, daß die ANAP einen Antrag auf Aufnahme in die Internationale der christlich-demokratischen Parteien benatragen werde. Özal äußerte in diesem Zusammenhang die Hoffnung, daß dieses Problem innerhalb von kurzer Zeit erledigt werden könne.
Ministerpräsident Turgut Özal traf außerdem mit Vertretern der Firmen Nestle und ITT zusammen. Nach dem Treffen sagte er, daß man ihm deutlich gemacht habe, daß diese zwei großen Firmen ein großes Interesse an der Türkei hätten und daß sie planten, dort zu investieren.

Tercüman vom 06.02.1985

Der Deutsche, der ein Schild 'Türken dürfen hier nicht rein' aufhing, wurde freigesprochen

Der Freispruch für einen Deutschen, der im Stadtteil Odenwald von Frankfurt den Aushang 'Hier dürfen keine Türken rein' aufhing, hat unter den Juristen eine große Verwirrung und unter den Landsleuten Trauer hervorgerufen. Das Landgericht von Hessen beschloß den Angeklagten freizusprechen, obwohl in der ersten Instanz entschieden worden war, daß der Angeklagte zu 90 Tagessätzen a 30,- DM verurteilt werden müsse. In seiner Entscheidung spricht das Landgericht nun davon, daß in dem Aufhängen einer solchen Mittteilung weder der Vorwurf der Volksverhetzung noch des Verletzens von persönlichen Ehrengefühlen enthalten sei. Es sei jedoch eine Art von Diskriminierung. Es müsse halt auch untersucht werden, warum die Türken nicht in das Lokal kommen sollten, daß dies aber nicht bedeute, daß die Türken von minderem Wert seien. Außerdem werde damit nicht das Recht auf Leben angetastet.

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet Türkeiausgabe, liberal
Tercüman Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV 40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

I M P R E S S U M
TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig